

Laibacher Zeitung.



Nr. 231.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Austellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Dienstag, 11. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 26 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1881.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. September d. J. den Adjuncten und Privatdocenten für Maschinenlehre an der Grazer technischen Hochschule Josef Bartl zum außerordentlichen Professor dieses Faches an der genannten Hochschule allergnädigst zu ernennen geruht.
Conrad-Eybesfeld m. p.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in Nr. 270 der Zeitschrift „Illustriertes Wiener Extrablatt“, Abendausgabe vom 1. Oktober 1881, unter der Aufschrift „Rufische Gefängnisse“ enthaltenen Aufsatze in der Stelle von „Kein geheimes Sicherheitsventil“ — bis „Verzweiflung“ das Vergehen nach § 305 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt der in Nr. 13 der Zeitschrift „Oesterreichischer Volksfreund“ ddo. 1ten Oktober 1881 unter der Aufschrift „Das internationale Judenthum“, ferner unter dem Titel „Die Juden ruinieren den Handel“ und in der Rubrik „Ausland. Berlin. Bückigung eines jüdischen Redacteurs“ und „Rumänien“ enthaltenen Aufsatze das Vergehen nach § 302 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der „Vote für Tirol und Vorarlberg“ meldet, dem Veteranenvereine in Kastelruth zur Anschaffung einer Vereinsfahne 50 fl. und der freiwilligen Feuerwehr in Fieberbrunn zur Anschaffung von Requisiten 50 fl. zu spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben der Bzalarozer römisch-katholischen und der Reschens-Oblasthaer griechisch-katholischen Gemeinde je 100 fl. zu spenden geruht.

Der Adressentwurf des ungarischen Abgeordnetenhauses,

welchen, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, in der Sitzung vom 8. d. M. der Referent Jókai zur Vorlage brachte, lautet wörtlich wie folgt:

„Immerdar erfreuend ist die Begegnung zwischen dem Herrscher und den Vertretern des Volkes. Um vieles mehr bei diesem feierlichen Anlasse, da Eu. Majestät in der die neue Reichstagsession eröffnenden Allerhöchsten Thronrede den Reichstag vornehmlich zur Schöpfung von Werken einer segensreichen Friedensperiode aufrufen, welche heilbringendes Werk die Mitglieder des Reichstages, den beunruhigenden Aufregungen der äußeren Politik ledig, mit ernster Aufbietung aller ihrer Fähigkeiten und mit der Hoffnung auf einen guten Erfolg beginnen können. Die Herrscherweisheit Eu. Majestät fordert unsere Gesetzgebung in der Reihe der Aufgaben der neuen legislatorischen Periode zu hochwichtigen und angestregten Arbeit erheischenden Agenden auf, von denen ein Theil die zusammenhängende Fortsetzung der Schöpfungen in der abgelaufenen legislatorischen Periode bildet. Mit Bereitwilligkeit werden wir die mit dem benachbarten serbischen Fürstenthume abgeschlossenen mehrfachen Verträge beraten, durch deren Snarticulierung wir glauben, dass die billige Befriedigung der gegenseitigen und von beiden Seiten wohlauagefassten Interessen die Consolidierung des Einvernehmens zwischen unserem Vaterlande und dem benachbarten Fürstenthume erreicht werden wird. Die Erfüllung eines von unserem Reichstage oft ausgesprochenen Wunsches sehen wir in der Vereinigung der kroatisch-slavonischen Militärgrenze mit Kroatien-Slavonien und auf diese Weise mit den Ländern der ungarischen Krone.

Wir werden die Vorlage über die von Eu. Majestät den reincorporierten Gegenden gebotenen Beneficien und sonstigen Verfügungen, wie auch bei einer früheren Gelegenheit, aus dem Gesichtspunkte betrachten, dass, während einerseits durch die Ausdehnung des constitutionellen Lebens auf alle Gegenden unseres Landes das Princip der Verfassungsmäßigkeit gesteigerte Consolidierung erlange, andererseits die Thatkraft und die Fähigkeiten der Patrioten der kroatisch-slavonischen

Brüdernation durch die Ergänzung Kroatien-Slavoniens in den Aufgaben sowohl der inneren Organisation als des materiellen Wohlstandes und der geistigen Entwicklung einen ihrer würdigen und entsprechenden Spielraum finden sollen.

Mit aufrichtiger patriotischer Freude erfüllt unser Herz die Allerhöchste Aeußerung Eu. Majestät, die sich auf die Stadt, den Hafen und das Gebiet Fiumes bezieht und welche deren staatsrechtliche Stellung und Zugehörigkeit als auf die Bestimmungen des Diploms der Kaiserin und der ungarischen Königin Maria Theresia ruhmreichen Andenkens und der damit im Einklange stehenden älteren und neueren Gesetze fixiert erklärt.

Die Fiumaner Angelegenheit hat aber in unserem Vaterlande nicht bloß eine staatsrechtliche und territoriale Bedeutung, es steht damit eine ganze Serie wesentlicher vitaler Fragen in Verbindung, von deren glücklicher Lösung und Durchführung der alle Länder der ungarischen Krone gleichmäßig interessierende günstige Aufschwung unseres auswärtigen Handels, unserer landwirtschaftlichen und Fabrikindustrie sowie unseres Verkehrs abhängt; und aus diesem Grunde wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, auf dem Reichstage, dass unter Beibehaltung des von Eu. Majestät mit weiser Gerechtigkeitsliebe bezeichneten Standpunktes und auf dem vom Gesetze bestimmten Wege jene einzelnen Detailfragen, welche der Gesekartitel XXX: 1868 in Schwere ließ, unter Wahrung der staatsrechtlichen Stellung Fiumes auf die im Gesetze festgestellte Weise unter Berücksichtigung der gemeinsamen reellen Interessen gelöst werden sollen. Mit voller Bereitwilligkeit werden wir sowohl die legislatorischen Arbeiten, welche das Strafverfahren regeln, wie auch jene sehr wichtigen und längst nothwendigen Arbeiten beraten, welche das vollständige Civilgesetzbuch organisieren sollen, ferner die Verbesserung der Finanzverwaltung und die Besserung der Finanzgerichtsbarkeit durch Errichtung eines besonderen Finanzgerichtshofes auf jene richtigeren Grundlagen, welche den allgemeinen Wunsch der Bewohner unseres Vaterlandes bilden. Was die Allerhöchste Thronrede von den im Interesse unserer Verwaltung zu treffenden legislatorischen Verfügungen hervorhebt: die Bestimmung der von den Beamten zu verlangenden Qualifikation durch das Gesetz, die Regelung des Comitathaushaltes, die Organisation der Verwaltungs-Gerichtsbarkeit, welche, ohne den Gang der Verwaltung zu erschweren, die Rechtssicherheit der Einzelnen steigert — in all diesem sehen auch wir wichtige Schritte auf jenem Reformgebiete, welche das ganze Land im Interesse unserer Verwaltung aufs dringendste wünscht. Die Reform der Gewerbe- und Industrie halten wir für nothwendig, und hoffen wir, dass es uns gelingen wird, bei Bewahrung der Gewerbefreiheit die Mittel und Wege der vaterländischen Industrie zu finden, welche durch Entwicklung und durch Concurrenzbefähigung auch diesen wichtigen Factor unseres materiellen Gedeihens zur Blüte bringen werden. Behufs Ergänzung unseres Verkehrsnetzes halten wir die zweckmäßige Completierung unseres Eisenbahnnetzes für nothwendig, und wünschen wir dadurch eine größere Ertragsfähigkeit der bestehenden Eisenbahnen zu erzielen. Außerdem aber wollen wir für die Regelung der Wasserstraßen Sorge tragen.

Wir sind bereit, zur Förderung unseres Handels alle erdenklichen Verfügungen ins Leben zu rufen, welche mit unseren Landesinteressen im Einklange stehen; doch werden wir im Interesse unserer Landwirtschaft es für unsere dringendste und in erster Reihe stehende Aufgabe betrachten, der Misere der seit mehreren Jahren verheerend aufgetretenen Hoch- und Niedrigwasser, welche schließlich zu einer Landescalamität geworden, durch durchgreifende Verfügungen abzuwehren. Was der verfloffene Reichstag nach dieser Richtung hin initiiert hat, das wollen wir während der gegenwärtigen Session praktisch angewendet und in einer Weise durchgeführt wissen, damit die mit jedem Frühjahr sich erneuernde Calamität, welche die fruchtbaren Gebiete des Vaterlandes heim sucht, schon in der allernächsten Zukunft abgewendet oder wenigstens insoweit gemildert werde, dass schließlich die gesammten Wasserregulierungen zu einem zusammenhängenden systematischen Werke gestaltet werden können. Wir können daneben auch die Interessen der Cultur nicht aus den Augen verlieren, und wir werden nach gehöriger Vorbereitung der Frage auch zu dem Werke der Orga-

nisation des Oberhauses schreiten. Damit wir diesen friedliche Schöpfungen bezweckenden Aufgaben mit gehöriger Ruhe entsprechen können, ist einer der hauptsächlichsten Factoren jene friedliche Stimmung, welche die Herrscher und die Regierungen aller Staaten Europas, und darunter Eu. Majestät in erster Linie, aber auch die Völker dieses Welttheiles zu erhalten bestrebt sind. Diese weise Friedensliebe und diese gemeinschaftliche Eintracht strömen Wohlstand aus über alle Länder, namentlich über unser Vaterland, und diese förderten alle jene Bestrebungen der hervorgegangenen Legislaturperiode, mit welchen es um den Preis großer Anstrengungen und Opfer gelang, den Credit unseres Vaterlandes wieder herzustellen. Die Festigung unseres Crediten bringt uns in großem Maße der Herstellung der Ordnung in unserem Staatshaushalte näher; doch fühlen wir es, dass die Herstellung des Gleichgewichtes noch zu bewirken ist. Bereitwillig werden wir dahin streben, dass diese wenn auch nur successive und langsam erreicht werde; doch erkennen wir die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete an, Schwierigkeiten, die namentlich darin liegen, dass es nicht möglich erscheint, die Investitionen, welche die Beförderung der Vermögenszunahme von Land und Volk bezwecken, gänzlich einzustellen. Diese Investitionen aber steigern fortwährend die Ausgaben und lassen überdies die pünktliche Erfüllung unserer früher eingegangenen Verpflichtungen, die Kosten unserer inneren Organisation und die zur Abwendung von Elementarunfällen zu treffenden Verfügungen Ersparungen kaum oder gar nicht zu, während dem gegenüber die Einkünfte des Staates nur nach Maßgabe der Hebung des Volkswohlstandes sich vermehren können. Eine unserer vornehmsten und schwierigsten Aufgaben wird es unter solchen Verhältnissen sein, den richtigen Mittelweg zu finden zwischen gänzlicher Ersparung der Investitionen und stürmischer Bornahme von an sich nützlichen Anlagen. Auf diesem Wege fortschreitend, soll der allgemeine Wohlstand derart entwickelt werden, dass, wenn erforderlich, dereinst auch eine größere Belastung ertragen werden könne, doch sollen keine Ausgaben gemacht werden, welche das Deficit im Staatshaushalte in großem Maße erhöhen und die Erreichung des Gleichgewichtes erschweren würden.

Wir können nicht umhin, anzuerkennen, dass neben dem in allen Staaten Europas trotz friedlicher Stimmung fortgesetzten Systeme der Heeres-Organisation es unserem Staate allein überaus schwer ist, größere Ersparungen zu machen. Den Ersatz unserer hierfür gebrachten Opfer finden wir in der Ruhe, welche unser Vaterland umgibt und unsere Legislative zu ruhigen Schöpfungen befähigt; in dem Ansehen, das der österreichisch-ungarischen Monarchie im Auslande zuteil wird, und in jener würdigen Anerkennung, welche über unsere Armee, zu der auch mit Recht unsere Honvédschaft gehört, einstimmig geäußert wird, und in welcher wir eine der Stützen unseres Thrones und unseres Vaterlandes und eine der Bürgschaften unserer auf constitutioneller Freiheit beruhenden Zukunft zu finden wünschen. Wir sind überzeugt, dass uns dieser unser Glaube nicht trügen wird. Die vollkommene Eintracht zwischen der Armee und den übrigen Klassen der Völker Eu. Majestät, sie muß von jedem Patrioten aufrichtig gepflegt werden, und in großen Zügen ist dieselbe auch schon vorhanden. Die Nation hat die Gelegenheit, inmitten der großen Landesgefahren zu sehen, mit welcher Selbstaufopferung sich jedes Mitglied der gemeinsamen Armee ohne Unterschied des Ranges vom General bis zum Gemeinen der Rettung unserer Städte und Dörfer und unseres Volkes widmete. Andererseits aber konnte Eu. Majestät auch durch eigene Anschauung die Erfahrung machen, mit welcher brüderlichen Hingebung, mit welcher aufrichtigen Herzlichkeit jede Klasse dieser Nation unsere wackere Armee aufnahm. Jedes Mitglied dieser Armee, vom General bis zum Gemeinen, konnte sehen und fühlen, dass das ungarische Volk jene Klasse ehrt und liebt, welche für uns die Waffen trägt, den Kriegswissenschaften obliegt und in der Schlacht ihr Blut vergießt. Indessen können wir uns nicht verhehlen, dass einzelne bedauernde Fehler vorgekommen sind, welche diese heilsame Eintracht stören und in den Gemüthern Zweifel wecken könnten; doch sind wir davon überzeugt, dass die streng constitutionelle Gesinnung Eu. Majestät und die nüchterne und ruhige Auffassung des größten Theiles des ungarischen Volkes jedes zwei-

trächtige Bestreben verschwinden machen und Soldat wie Bürger in gleicher Weise von der Grundwahrheit überzeugen werden, daß die Treue für den gekrönten König und für das Vaterland und die Verfassung ein und dieselbe sei, daß, wer gegen die eine verstößt, auch gegen die andere sich vergangen hat, daß man dem Throne und der Landesverfassung nur zu gleicher Zeit treu dienen könne und daß diese beiden von einander untrennbar sind. Indem wir mit den Gefühlen der tiefsten homagialen Verehrung und unter unerschütterlicher Kindesliebe scheiden von dem Throne Eu. Majestät, um uns an den Beginn unserer Aufgabe zu machen, wünschen wir Eu. Majestät allen Segen des Allmächtigen und ein langes glückliches Leben."

Wien, 8. Oktober.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die „Neue freie Presse“ bringt heute unter der Ueberschrift „Eine Eisenbahnleihe von 200 Millionen“ eine Reihe von Mittheilungen, denen das Blatt durch Zusammenfassung einer Anzahl theilweise schon bekannter und übrigens auch der Legislative vorliegender Regierungsmaßnahmen den Charakter der Authenticität zu verleihen bemüht ist. Wir können gegenüber diesen fortgesetzten Versuchen des bezeichneten Blattes, durch systematische Propagierung unrichtiger Meldungen auf dem eisenbahnpolitischen Gebiete die an diesen Fragen in erster Linie interessierten Kreise in fortwährender Bewegung zu erhalten, nur erneuert betonen, daß auch die heutigen Nachrichten der „Neuen freien Presse“ theils allgemein Bekanntes, theils willkürlich Erfundenes enthalten, daß jedoch das letztere Genre in weitaus überwiegendem Maße vertreten ist. Hierbei rechnet die „Neue freie Presse“ augenscheinlich auf das kurze Gedächtnis ihrer Leser und muthet ihnen zu, vergessen zu haben, daß wir bereits am 23ten September ähnlichen Meldungen dieses Blattes entschieden entgegengetreten sind.

Von den Landtagen.

Aus den Landtagen liegt nicht viel von allgemeinerem Interesse vor; es wäre denn, daß dem böhmischen Landtage eine ähnliche Vorlage, betreffend die Abänderung des Realschulgesetzes unterbreitet wurde, wie kürzlich dem mährischen. Die vorgeschlagene Aenderung gipfelt in der Bestimmung, daß es denjenigen, welche eine öffentliche Realschule erhalten, freistehen soll, statt der englischen Sprache die zweite Landessprache als obligaten Lehrgegenstand einzuführen.

Wien, 8. Oktober. Von Seite der h. Regierung ist nachstehende Zuschrift an den Landmarschall eingelangt: Mit Allerhöchster Entschliessung vom 13ten September d. J. wurde Se. Excellenz der Herr Finanzminister allergnädigst beauftragt, in Absicht auf die völlige Klarstellung der zwischen dem Aerar und dem Lande Niederösterreich bezüglich der sogenannten Invasionschulden (Hört!) aus den Jahren 1805 und 1809 obwaltenden Verhältnisse zum Zwecke der allfälligen, den Umständen angemessenen Ausgleichung dieser Angelegenheiten Verhandlungen mit der Landesvertretung von Niederösterreich einzuleiten. Nachdem infolge Mittheilung des Herrn Finanzministers vom 24. September d. J., Z. 28,713, die Sichtung und juridische Prüfung des einschlägigen umfangreichen Materiales sich dem Abschlusse nähert, beehre ich mich, Eu. Hochwohlgeboren zu ersuchen, dem versammelten h. Landtage eröffnen zu wollen, daß Se. Excellenz der Herr Finanzminister in Bälde bereit sein wird, mit Mitgliedern des Landesauschusses oder anderen Delegierten, welche der h. Landtag etwa bezeichnen möchte, in die mit der citirten Allerhöchsten Entschliessung bestimmte Verhandlung einzutreten. Nach dem Inhalte der weiteren Mittheilung glaubt jedoch der Herr Finanzminister, die k. k. Regierung gegen alle Forderungen verwahren zu sollen, welche aus der oben erklärten Bereitwilligkeit, diese Verhandlung zu eröffnen, auf die Anerkennung irgend eines der von der Landesvertretung erhobenen Ansprüche, sei es in Bezug auf die Person des Verpflichteten, gezogen werden könnten. Auch behält sich der Herr Finanzminister die Bestimmung des Zeitpunktes und des Ortes der in Rede stehenden Verhandlung sowie der amtlichen Organe vor, welche hiebei die Regierung zu vertreten haben werden. Von dem Beschlusse des h. Landtages wollen wir Eu. Hochwohlgeboren Kenntnis geben u. s. w. Bössinger m. p. — Im Laufe der heutigen Sitzung ward eine Ergänzung der provisorischen Gemeindeordnung für die Stadt Wien in dem Sinne beschlossen, daß künftighin gegen Beschlüsse des Gemeinderathes von Wien eine Berufung an den Landtag nicht stattfindet. — Die Abgeordneten v. Schweiger und Genossen stellen den Antrag: „Die h. Regierung werde ersucht, dem bedenklichen Mangel an ärztlichem Personale auf dem flachen Lande in Niederösterreich in geeigneter Weise abzuhelfen.“ (An den Verwaltungsausschuss gewiesen.)

Graz, 7. Oktober. Abg. Bärnsfeld schildert die bei der Grundsteuereinschätzung im Bezirke Judenburg herrschenden Uebelstände und stellt an den Statthalter

die Anfrage, ob ihm diese Vorgänge bekannt seien, und wenn dies der Fall, ob er Maßregeln zu treffen gedenke, welche den wegen dieser Vorgänge beunruhigten Grundsteuerträgern volle Beruhigung bringen. Der Statthalter erwidert, daß er sofort eingehende Erhebungen pflegen und die Regierung, wenn die gerügten Uebelstände sich bewährten, Abhilfe und Ordnung in diese Angelegenheit bringen werde. Wenn die Erhebungen ihm zu einer Zeit zukommen, in welcher der Landtag noch versammelt ist, werde er das Resultat derselben sogleich bekannt geben. (Lebhafter Beifall.) Baron Moscon referiert namens des Landesculturausschusses über den Bericht des Landesauschusses bezüglich der gegen das Auftreten der Reblaus in Steiermark getroffenen Maßregeln. Nach längerer Debatte, in welcher der Statthalter in eingehender Ausführung betont, daß die Regierung die große Calamität, welche den Weinbau bedroht, mit größtem Ernste und allen ihr zugeborenen Mitteln verfolgen und auch in der Zukunft verfolgen werde, werden die Ausschussanträge mit einem Amendement des Abg. Snideröhl, dahingehend, daß die Kosten der Maßregeln gegen die Reblaus vom Staatschatz zu tragen seien, angenommen. Hierauf folgt die Debatte wegen Erhaltung der Hufbeschlag-Lehranstalt in Graz. Der Finanz- und Culturausschuss beantragt, wegen Erhaltung der Anstalt Verhandlungen mit der Regierung und der Stadtgemeinde Graz zu pflegen. Abg. Heilsberg greift die Regierung an, daß sie für Thierarzneischulen nichts in Steiermark thue. Der Statthalter weist diesen Angriff energisch zurück, nachdem für landwirtschaftliche Zwecke eine jährliche Subvention von 18,000 fl. auf Steiermark entfalle. Der Ausschussantrag wird angenommen. Ferner wird nach Antrag der Grundsteuer-Reclamationscommission einstimmig die Resolution angenommen, daß die Regierung alle Interessen gleichmäßig berücksichtigen und die Reclamationen einer eingehenden Prüfung unterziehen möge. — Hierauf wird die Wahl von fünf Mitgliedern in die Reclamationscommission vorgenommen.

Graz, 8. Oktober. Der Statthalter beantwortet die Interpellation Schmiders bezüglich der Vorgänge bei Grundsteuer-Reclamationen und betont, daß es die Regierung für ein Gebot der Nothwendigkeit erachte, strenge Pflächterfüllung und geeignetes Entgegenkommen gegen die Bevölkerung von ihren Organen zu verlangen, andererseits aber diese Organe gegen unbegründete Vorwürfe zu schützen. (Beifall.) Fürst Alois Liechtenstein referiert über den Rechnungsabluß der steiermärkischen Landesfonds pro 1880. Der Bericht wird genehmigt. Baron Bschok referiert über das Regierungs-Questionnaire wegen Reform der Administration und beantragt im Namen der Majorität des Sonderauschusses, daß der Landtag nicht in der Lage sei, derzeit auf eine Beantwortung der einzelnen Fragen einzugehen, daß er jedoch die im Questionnaire angedeuteten Aenderungen im ganzen entschieden ablehnen müßte, falls diese den Inbegriff der auf dem Gebiete der politischen Verwaltung beabsichtigten Reformen darstellen sollten. German beantragt im Namen der Minorität des Ausschusses, die Regierung möge zur Beseitigung der Doppelverwaltung im Lande überhaupt und namentlich zur Durchführung ihrer Anträge betreffs der Reform der Verwaltung bestrebt sein, alle Hindernisse zu beseitigen, welche der berechtigten Selbstverwaltung des Landes entgegenstehen. Der Majoritätsantrag wird angenommen. Nach Erledigung mehrerer Petitionen schloß der Landeshauptmann die Session mit Worten des Dankes an die Ausschüsse und das Haus und im Namen des Hauses an den Statthalter für sein aufrichtiges und wohlwollendes Entgegenkommen, und bringt ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, das vom Hause begeistert aufgenommen wird.

Klagenfurt, 8. Oktober. Abg. Horner bringt einen Antrag ein, es möge dahin gewirkt werden, daß die Bezirkshauptmannschaften nach dem Gesetze vom 26. Februar 1876 die Bestimmungen über die Mitwirkung der Gendarmerie in Localpolizei-Angelegenheiten regeln, daß die Gendarmerie verpflichtet werde, den Dienst bei Patrouillengängen auch auf fremde Bettler und Vagabunden auszudehnen und daß der Gemeindevorstand berechtigt sei, deren Mitwirkung gegen renitente Arbeiter und Dienstboten in Anspruch zu nehmen und Assistenz zu verlangen.

Lemberg, 8. Oktober. In der heutigen Landtagsitzung ist Minister Freiherr v. Biemalskowsky anwesend. Romanowicz beantragt Abänderungen zum Gewerbegeetze und die Dotierung von 10,000 fl. für die Hebung des Kleingewerbes. Bei den Berathungen des Bankauschusses wurde beschlossen, die projectirte Landes-Creditanstalt auf Hypothekar- und Meliorations-Darlehen und auf Commissionsgeschäfte zu beschränken.

Die Adressdebatte im kroatischen Landtage ist wider Erwarten schon am 7. d. M. zu Ende geführt worden und ergab die Annahme des Majoritätsentwurfes mit großer Mehrheit.

Vom Ausland.

Aus Berlin wird geschrieben, daß über den Tag der Einberufung des Reichstages und über die in der kurzen Vorsession desselben vorzuliegenden Gesetzentwürfe eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen sei. Eine solche werde erst nach Beginn der Bundesrathssession, also in etwa vierzehn Tagen, erfolgen, wenn es auch schon jetzt als ziemlich sicher gelten dürfe, daß der Arbeitsstoff für die Vorsession sich auf den Etat und den Hamburger Zollanschlussvertrag beschränken werde. — Die Wahlcampagne für den Reichstag ist allenthalben noch im vollen Zuge. Von allen Seiten her werden Wahlversammlungen und Candidaturen gemeldet. Die Schätzungen des vermittelnden Ausfalles der Wahlen gehen wie gewöhnlich sehr auseinander. Die formelle Verschmelzung der Fortschrittspartei und der SeceSSIONisten, welche sich in der vorigen Session von den „National-Liberalen“ getrennt haben, wird, wie die „Schlesische Zeitung“ meint, ohne Zweifel eine Frucht der gegenwärtigen Wahlbewegung sein. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen haben sich diese beiden liberalen Gruppen in allen Wahlkreisen über gemeinsame Candidaten geeinigt. Von beiden Gruppen zusammen sind 150 Candidaten aufgestellt. Mehr als etwa 80 durchzubringen, hat man jedoch selbst in fortschrittlich-secessionistischen Kreisen keine Hoffnung. Die National-Liberalen rechnen auf 60 bis 70 Mandate. Der Gesamtbesitz der liberalen Parteien würde sich somit nach ihren eigenen Rechnungen nicht über etwa 150 Mandate erheben. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß die conservativen Parteien eine Verstärkung erhalten werden.

Die Augen Englands sind gegenwärtig auf seinen Premier gerichtet, der eben auf einer Rundreise begriffen ist. Er hat in Leeds gesprochen und dabei, der jüngsten Aufforderung seines Gegners Northcote entsprechend, scharf und bestimmt gegen die fortgesetzte Agitation der irischen Landliga Stellung genommen, auch ernstere Maßregeln angedroht. Sein Appell an die wohlgesinnten Elemente in Irland wird indes voraussichtlich nicht viel nützen. Dort finden, wie die englischen Blätter selbst constatieren, Parnells Donnerreden gegen „die verfluchte Fremdherrschaft, die auf Nimmerwiederkehr übers Wasser getrieben werden müsse“, viel mehr Anklang, sogar die Mahnung zu einer Art von Continentsperre, deren Lösung ist: „Verbrennt alles Englische — die Kohle ausgenommen.“ — Von dem, was Mr. Gladstone in Leeds auch über auswärtige Politik gesprochen, ist telegraphisch bisher nur der akademische Satz bekannt geworden, daß seine Partei dem Grundsatze huldige, bei fremden Mächten, so lange nicht das Gegentheil erwiesen sei, Aufrichtigkeit vorauszusetzen und den kleinen wie den großen Staaten die Gleichheit der Rechte zuzuerkennen.

Aus Petersburg wird unterm 8. Oktober officiell gemeldet: Ein kaiserlicher Ukas vom 4. Oktober an den Finanzminister befiehlt eine neue Emission von 5proc. Staatsbankbilletten im Betrage von 100 Millionen behufs Zurückzahlung der während des letzten Krieges contrahierten Schuld von 50 Millionen an die Staatsbank und zur Completion der Mittel der Staatsrentei. Die Billette sind mit halbjährigen 2½proc. Coupons, zahlbar am 1ten April und 1. Oktober jeden Jahres, versehen. Die Interessenberechnung beginnt vom 1. Oktober 1881 an. Der Verkauf der Billette findet in der Staatsbank und in der Bank für Polen, sowie in den Filialen zu 92¼ Rubel für 100 Rubel Nominalwert statt.

Das „Journal de St.-Petersbourg“ reproducirt die Note der „Agence Havas“ über die Behauptung der „Morning Post“, daß die russische Regierung gegen die französische Regierung wegen der Weigerung der letzteren, eine internationale Convention in betreff der politischen Verbrecher zu unterzeichnen, gereizt sei. Das Journal bemerkt hiezu, die russische Regierung beabsichtige nicht, jemanden zu zwingen und betrachte die gegen die Gesellschaft gerichtete Bewegung als eine solche, welche alle Staaten bedrohe, weshalb die Maßregeln zur Vertheidigung gegen diese Gefahr gemeinsame sein müßten. Die russische Regierung habe alle übrigen interessierten Regierungen aufgefordert, sich mit ihr zu diesem Zwecke ins Einvernehmen zu setzen, und es sei selbstverständlich, daß es jeder derselben freisteht, sich nach ihren besonderen Verhältnissen und gesetzgeberischen Institutionen zu richten; moralisch aber ist die Aufrechterhaltung der socialen Ordnung Sache aller civilisierten Staaten.

Tagesneuigkeiten.

— (Zum Allerhöchsten Namensfeste Sr. k. und k. Apostolischen Majestät) fand in Rom in der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell' Anima ein feierlicher Gottesdienst statt. In Abwesenheit des Botschafters beim heil. Stuhle fuhr der Geschäftsträger Baron Seiler mit Gemahlin im Galawagen zur Kirche, wo bereits viele Personen von Rang und die in Rom wohnenden österreichisch-ungarischen Unterthanen anwesend waren. Das Pontificalamt mit Tebeum wurde vom hoch-

würdigen Fürstbischof Stepišnegg von Lavant celebrirt. Die Cardinale Franzelin und Haffner wohnten demselben im Nothet bei.

— (Phyllogera-Congress.) Der am 10ten d. M. in Bordeaux zusammengetretene Phyllogera-Congress, an welchem bekanntlich als Vertreter der österreichischen Regierung Herr Ministerialrath von Pretis-Cagnodo theilnimmt, hält täglich zwei Plenarsitzungen ab; für den 14. und 15. d. M. sind Gesamtausschlüsse in die Umgebung von Bordeaux in Aussicht genommen.

— (Der Durchgang der Venus.) Die im französischen Unterrichtsministerium für den Durchgang der Venus eingefetzte internationale Commission hat diesertage unter dem Ehrenpräsidium des Ministers Jules Ferry ihre erste Sitzung gehalten. Als Vicepräsident gehört dieser Commission aus Oesterreich-Ungarn Professor Weiß an.

— (Am Krankenbette vom Schläge gerührt.) Der Med.-Dr. Swoboda, welcher den erkrankten Leitmeritzer hochw. Herrn Bischof Frind behandelt, wurde kürzlich am Krankenbette des Bischofs von einem Schlaganfälle getroffen.

— (Ein altes Ehepaar.) Aus Duna-Iskudar wird geschrieben: Die hiesigen Einwohner Josef Glas und Frau, ersterer 103, letztere 101 Jahre alt, leben bereits 82 Jahre in ehelicher Gemeinschaft, zwar nicht in glänzenden Verhältnissen, jedoch im besten Einklang. Die Deutchen sollen noch nie krank gewesen sein, doch ist der alte Glas seit Jahren blind. Der alte Glas war im Feldzuge im Jahre 1809 Pferde-lieferant der österreichischen Armee.

— (Vom Thurm gestürzt.) Der bei dem Aufbaue des Mezö-Tarpar Kirchthurmes beschäftigte Polier gieng, wie der „P. M.“ berichtet, Samstag, von einem Unwohlsein befallen, auf die Thurmspitze, um sich daselbst auf dem Brettergerüste schlafen zu legen. Ungefähr nach einer halben Stunde erwachte er; er richtete sich empor, stürzte jedoch, wahrscheinlich von einem Schwindel erfaßt, in die Tiefe hinab, wo er mit gebrochenen Gliedern todt liegen blieb.

— (Eine gräßliche Bluttthat) wird aus Rakos-Palota gemeldet: Ein Bauer gieng mit seinem Weibe und dem achtmonatlichen Kinde auf die Wiese, um zu mähen. Zur Mittagszeit gieng der Bauer weg und lehnte die Sense an einen Baum; dieselbe fiel so unglücklich auf das unter dem Baume liegende Kind, daß demselben die Kehle durchschnitten und der sofortige Tod des Kindes verursacht wurde. Als der Bauer zurückkehrte und das Unglück sah, wurde er von so heftiger Wuth gegen seine Frau erfüllt, daß er ein Messer zog und dasselbe der Frau in die Brust stieß. Sobald er Blut fließen sah, berante er die That und hängte sich am nächststehenden Baume auf. Dort gewahrten ihn mehrere des Weges kommende Bauern, nahmen ihn herunter und übertrugen ihn und die Frau, welche sich beide in leblosem Zustande befanden, ins Dorf.

— (Ein neuer Komet.) Einer auf der Sternwarte in Greenwich eingegangenen Meldung zufolge ist von Denning am 4. d. M. ein heller teleskopischer Komet (der sechste dieses Jahres) entdeckt worden.

Locales.

Krainischer Landtag.

5. Sitzung am 8. Oktober.

(Fortsetzung und Schluß.)

Punkt 8: Bericht des Finanzausschusses wegen Definitiv-Erklärung der Stelle eines Assistenzarztes in der Irrenhausfiliale zu Studenc.

Der Berichterstatter weist auf die Ausführungen in dem Gesuche des gegenwärtigen Herrn Assistenzarztes Dr. Preinič hin, welcher nachweist, daß die Stelle auch fernerhin nothwendig sei, daß er nicht bloß ein tüchtiger Psychiater sein, sondern auch tüchtige administrative Kenntnisse haben müsse, die Stelle eines Irrenarztes sei eine schwierige und die Gefahr dieses Berufes eine stete und namentlich für einen Familienvater, wie er, immer vor Augen zu haltende. Petent weist ferner darauf hin, daß seine Stelle nicht besser dotirt sei als die der Secundärärzte im allg. Krankenhause, nebstbei komme die Isolirtheit des Postens in Studenc, der Mangel an geselligem Verkehr, der das Leben daselbst minder erquicklich mache, in Betracht; in allen Irrenhäusern seien die Secundärärzte definitiv, es sei unzulänglich, wenn die Irren häufig einen Wechsel des behandelnden Arztes erfahren. Dr. Preinič stellt schließlich eventuell die Kündigung seines Postens in Aussicht.

Das Gesuch des Herrn Dr. Preinič erscheint von der Direction auf das wärmste befürwortet. Der Berichterstatter weist auf den Umstand hin, daß für den Fall, als Herr Dr. Preinič kündigen würde, man in die größte Ungelegenheit käme, da kein Ersatz vorhanden sei. Insbesondere — sagt Baron Apfaltrern — haben wir keinen, der zugleich der Landessprache, der krainerischen Sprache, mächtig wäre.

Außerdem studiert gegenwärtig kein einziger Krainer Medicin, daher wäre auf sechs Jahre hinaus keine Aussicht auf Ersatz, abgesehen davon, daß, wenn auch

ein Studierender der Medicin aus Krain gegenwärtig an einer Hochschule sich befände, noch immer die Frage wäre, ob er sich auch als Psychiater qualificiere.

In Erwägung der belobten Qualifikation und Verwendung des Assistenzarztes in der Irrenhausfiliale zu Studenc, Dr. Paul Preinič, in der Erwägung, daß es im Interesse der Anstalt ist, dessen Verbleiben und ferneres eifriges Wirken an derselben zu sichern, um einen öfteren, dem Heilzwecke der Irren zuwiderlaufenden Wechsel des behandelnden Arztes zu vermeiden, stellt der Finanzausschuß den Antrag:

Der h. Landtag wolle beschließen:

1.) Die Stelle eines Assistenzarztes an der Irrenhausfiliale zu Studenc werde vom 1. Oktober 1881 an als eine bleibende, mit dem Bezuge eines Jahresgehaltes von 800 fl. ö. W. und eines Reluctationsbetrages für Bedienung, Wäschereinigung und Beleuchtung per 43 fl. 20 kr. ö. W. und dem Rechte auf die normalmäßigen, vom obigen Tage an zu berechnenden Quinquennalzulagen von 50 fl. ö. W. verbundene Stelle erklärt.

2.) Der Landesausschuß wird mit der Durchführung der hieraus für den derzeitigen provisorischen Inhaber dieser Stelle, Herrn Dr. Paul Preinič, sich ergebenden Folgen beauftragt.

(Ohne Debatte angenommen und auch in dritter Lesung.)

Punkt 5: Bericht des Finanzausschusses über die Voranschläge der landchaftlichen Wohltätigkeits-Anstalten, beziehungsweise des Krankenhauses, Gebärhause, Findelhause und Irrenhauses-Fond pro 1882.

Der Finanzausschuß beantragt:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1.) Der Voranschlag des Krankenhausesfonds wird für das Jahr 1882 mit dem Erfordernisse pr. 64,266 fl. 34 1/2 kr. und mit der Bedeckung pr. 10,015 fl. 34 kr., sohin mit dem aus dem Landesfonde zu bedeckenden Abgange pr. 54,251 fl. 1/2 kr. genehmigt.

2.) Der Voranschlag des Gebärhausefonds wird für das Jahr 1882 mit dem Erfordernisse von 4482 fl. 39 kr., der Bedeckung von 705 fl. 60 kr. und dem sohin sich ergebenden, aus dem Landesfonde zu deckenden Abgange von 3776 fl. 79 kr. genehmigt.

3.) Der Voranschlag des Findelhausefonds wird für das Jahr 1882 mit dem Erfordernisse von 9637 fl. 44 kr., der Bedeckung von 308 fl. 20 kr. und dem sohin sich ergebenden, aus dem Landesfonde zu deckenden Abgange von 9329 fl. 24 kr. genehmigt.

4.) Der Voranschlag des Irrenhausesfonds wird für das Jahr 1882 mit dem Erfordernisse von 37,029 fl. 74 kr., der Bedeckung von 4527 fl. 89 kr. und dem hieraus sich ergebenden, aus dem Landesfonde zu deckenden Abgange von 32,501 fl. 85 kr. genehmigt.

5.) Der Landesausschuß wird beauftragt, die Medicamenten-Rechnungen im geeigneten Wege und in angemessener Weise einer Superrevision durch das ärztliche Personale der Wohltätigkeitsanstalten unterziehen zu machen.

Zu Punkt 5 dieser Anträge ergreift Abg. Dr. Vošnjak das Wort, und drückt den Wunsch aus, es möge dem ärztlichen Personale für solch eine Superrevision, die eine große Arbeit sei, eine Remuneration bewilligt werden.

Der Berichterstatter Baron Apfaltrern entgegnet, daß dies nirgends der Fall sei, nicht in Wien, nicht in Prag; in Graz habe er sich diesbezüglich nicht erkundigen können.

Die Anträge des Finanzausschusses werden sodann angenommen und auch in dritter Lesung.

Abg. Luchmann erstattet namens des Finanzausschusses mündlichen Bericht über den Rechnungsabschluß des Zwangsarbeitshausesfonds von 1880 sammt einschlägigen Absätzen des Rechenschaftsberichtes. Es wird dabei hervorgehoben, daß laut Ministerialerlasses von einer Uebernahme der krainischen Zwangsarbeitsanstalt in Staatsregie wegen der finanziellen Lage abzusehen und weitere Verhandlungen nicht zu pflegen seien. Die Anträge des Ausschusses werden ohne Debatte und in dritter Lesung angenommen.

Abg. Baron Apfaltrern referiert namens des Finanzausschusses mündlich über die Rechnungsabschlüsse des Kranken-, Gebär-, Findel-, und Irrenhausesfonds sammt einschlägigen Absätzen des Rechenschaftsberichtes. (Ohne Debatte und in dritter Lesung angenommen.)

Abg. Deschmann erstattet mündlichen Bericht über den Rechnungsabschluß von 1880 und Voranschlag von 1882 des Theaterfonds sammt einschlägigen Berichten des Rechenschaftsberichtes.

Redner hebt hervor, daß die Ausgaben für das Theatergebäude von 800 fl. auf 1000 fl. erhöht wurden, und zwar mit Rücksicht auf die durch die Ministerialverordnung wegen der Feuersicherheit der Theatergebäude schon heuer nothwendig gewordenen und noch weiters in Aussicht stehenden Adaptierungen und Reconstructionen.

Weiters werde der Landesausschuß ermächtigt, für Adaptierungen im Redoutengebäude behufs Unterbringung der jetzt im 1. und 2. Stocke befindlichen städtischen Mädchenschule in der früher vom Mappen-

archive innegehabten Parterrelocalitäten 181 fl. zu verwenden.

Die Anträge des Finanzausschusses werden ohne Debatte und auch in dritter Lesung angenommen.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabschluß de 1880 und Voranschlag pro 1882 der Stiftungsfonde sammt einschlägigen Absätzen des Rechenschaftsberichtes, insbesondere über die Ausführung der in Waisenangelegenheiten gefaßten Landtagsbeschlüsse. Berichterstatter Abg. Lebenig.

Die bezüglichlichen Anträge des Finanzausschusses werden ohne Debatte und auch in dritter Lesung angenommen, desgleichen der Antrag desselben Ausschusses, dem Herrn Johann Stampfl für die großmüthige Widmung von 100,000 fl. zu Studentenstiftungen den Dank des Landes zu votieren und den Landesausschuß zu beauftragen, dem großmüthigen Herrn Spender diesen Beschluß des h. Landtages mitzutheilen.

Es folgen mündliche Berichte des Finanzausschusses über Petitionen.

Abg. Dr. Schaffer referiert über nachstehende Petitionen:

des Vereines zur Pflege kranker Studierender an der Wiener Universität (50 fl. bewilligt);

Gesuch des Leiters der Fortbildungsschule in Rudolfsort um Errichtung eines Stipendiums für einen Schüler der Staats-Gewerbeschule in Graz (250 fl. auf 2 1/2 Jahre für Schüler, die mit vorzüglich gutem Fortgange eine Fortbildungsschule im Lande absolviert haben);

dem Ludwig Grile, Studierender an der Akademie der bildenden Künste in Wien, wird für 1882 eine weitere Unterstützung von 50 fl. bewilligt; dem Studenten-Unterstützungsverein in Rudolfsort wird für 1882 per 200 fl.;

das Gesuch des Ferd. Svetek, Hörer der Hochschule für Bodencultur in Wien, wird, da man an einzelne Studierende keine Unterstützung zu geben pflege, abgelehnt, um kein Präjudiz zu schaffen;

für den Unterstützungsverein slavischer Hörer in Graz beantragt der Finanzausschuß pro 1882 die Summe von 50 fl. zu bewilligen.

Abg. Dr. Vošnjak wundert sich, daß der Finanzausschuß diesmal nicht auch, wie im Vorjahre, 100 fl. gewidmet habe, da ja auch aus Krain Hörer unter den Bedürftigen seien.

Berichterstatter Dr. Schaffer erwidert, daß die Gehabung des genannten Vereines im ganzen nur 300 fl. betragen habe, daß auf Krainer nur 77 fl. entfallen seien und daß der Finanzausschuß glaube, es genüge sich bei Annahme einer gleichen Gehabungssumme von 300 fl. mit dem sechsten Theile zu theiligen.

Der Antrag des Abg. Dr. Vošnjak auf Bewilligung von 100 fl. wird von der Majorität des Hauses abgelehnt und der Ausschussantrag auf 50 fl. angenommen.

Der juridische Unterstützungsverein an der Wiener Universität erhält pro 1882 30 fl.

Berichterstatter Ritter v. Savinschegg referiert über die Petition des krainischen Fischerei-Vereines um eine Subvention.

Ueber warme Verantwortung des Berichterstatters wird dem jungen Vereine, der im nächsten Monate eine umfassende Thätigkeit zu entwickeln in Aussicht stellt, ein Gründungsbeitrag von 100 fl. bewilligt.

Ueber Antrag des Finanzausschusses (Berichterstatter Baron Apfaltrern) wird das Gesuch der Gemeinde Slavina um Abschreibung von Verpflegungskosten für Michael Berne und Barbara Bento abgelehnt; der krainischen Sparkasse wird für ihre Unterstützung des Laibacher Theaters der Dank des Landes ausgesprochen.

Abg. Dr. v. Schrey referiert namens des Finanzausschusses über die Petition der Lehrer des Schulbezirkes Gurkfeld um Erhöhung der Dienstzulagen. (Wird abgelehnt.)

Die Bitte der Gemeinde Sauerstein die Subvention für den Schulhausbau von 800 auf 2000 fl. zu erhöhen wird abgelehnt, dagegen der Landesausschuß ermächtigt, der gedachten Gemeinde nach gepflogenen Erhebungen einen unverzinslichen Bauvorschuß bis zur Höhe von 1000 fl. zu ertheilen.

Auf das Gesuch des Lehrers Lapajne in Gurkfeld um Rückerstattung von 80 fl. für den Pensionsfond, die er bei seinem Uebertritte in Steiermark leisten mußte, obschon er früher in Steiermark die gleiche Summe für den dortigen Fond erlegt, wird abgelehnt.

Abg. Baron Tafferer referiert für den Finanzausschuß über das Gesuch der Gemeinde Tschernembl um 200 fl. zum Ausbau einer Cisterne. (Wird abgelehnt.)

Ueber Antrag des Abg. Lebenig wird Schluß der Sitzung angenommen. (2 1/4 Uhr.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 11. Oktober, 10 Uhr vormittags.

